



CLAUDIA KEMFERT

„Triell“ zum Klima? – Die Parteien bleiben viele Antworten schuldig

Prof. Dr. Claudia Kemfert, Leiterin der Abteilung
Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin
Der Kommentar gibt die Meinung der Autorin wieder.

Stell dir vor, es ist Klimawahl, aber niemand stellt die entscheidenden Fragen. Es gäbe viele, aber zwei sind unausweichlich: Erstens: Ist Ihnen bewusst, dass Deutschland sich schon 2015 verpflichtet hat, die Emissionen bis 2035 auf Null zu senken? Zweitens: Was werden Sie in den nächsten vier Jahren tun, um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten? Leider wurden diese beiden Fragen in der gerade beginnenden heißen Schlussphase des Wahlkampfes noch nirgends gestellt. Zwar geht es endlich auch um wichtige Sachthemen. Doch schon die erste große TV-Debatte mit den drei SpitzenkandidatInnen offenbarte schonungslos, dass noch immer rückwärts statt vorwärts gedacht wird. Die Klimaschutz-Thematik reduzierte sich auf zwei Fragen: Was wollen Sie verbieten? Und: Was müssen wir den Menschen zumuten?

Nein, Klimaschutz tut nicht weh. Kein Klimaschutz tut weh, wie die Menschen im überfluteten Ahrtal oder in den brennenden Regionen Südeuropas gerade sehr brutal lernen. Und vernünftige und demokratisch ausgehandelte staatliche Ordnungspolitik ist keine Diktatur, sondern das A und O des Rechtsstaates.

Die fehlenden oder falschen Fragen sind Teil des Problems, warum wir in den letzten 15 Jahren wider besseres Wissen derart unzureichenden Klimaschutz betrieben haben. Routiniert antworteten beim „Triell“ beide Kandidaten der jetzigen Regierungskoalition, verbieten und zumuten wolle man selbstverständlich gar nichts. Doch Nichtstun ist kein Regierungsauftrag. So blieb es der grünen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock vorbehalten, dem Publikum zu erklären, wie zukunftsorientierte Politik aussehen kann und muss.

Wer es wissen will, weiß: Es geht nicht um Verbote, es geht um Ermöglicungen. Die Ermöglicung, auch in der Zukunft auf einem lebbareren Planeten zu wohnen, nachhaltigen Wohlstand zu generieren und Frieden der Gesellschaften zu schaffen. Kluger Klimaschutz kann das. Klimawandel kostet Geld, Klimaschutz spart Geld. Es ist das Einmaleins politischen Unternehmertums: Jeder Euro, den wir jetzt investieren, spart 15 Euro Klimaschäden ein. Verzicht und Verbote werden uns

nicht die Energie-, Gebäude- und Verkehrswende abverlangen, sondern die immer teurere Anpassung an den ungebremsten Klimawandel.

Doch die Verdrängung von Problemen funktioniert nicht mehr. Die kommenden Krisen sind hausgemacht. Politik muss handeln. Es ist nicht mehr die Frage, ob, sondern nur noch, wie wir den menschengemachten Klimawandel endlich bremsen. Wir haben noch zwei deutsche Wahl-„Trielle“ vor uns. Wie wär's mit einer Spezialrunde zum Thema Klimaschutz?! Hier ein paar Ideen für den garantiert anregenden Fragenkatalog:

Die Einhaltung der Pariser Klimabeschlüsse erfordert laut Wissenschaft einen Kohleausstieg bis 2030 und eine Verdreifachung des Ausbautempos erneuerbarer Energien. Wie werden Sie dies umsetzen? Warum wurden bisher die Klimaziele verfehlt? Warum ist es unter der jetzigen Regierung nicht gelungen, die Emissionen ausreichend zu senken? Warum investieren Sie in neue fossile Infrastrukturen wie die Erdgas-Pipeline nach Russland? Um nach dem reinen Marktprinzip ausreichend Emissionen zu senken, müsste – wie Studien belegen – der CO₂-Preis statt bei 25 Euro mindestens bei 150 Euro pro Tonne CO₂ liegen. Werden Sie diesen Preis einführen? Wenn nein, warum nicht? Wie und in welchen Schritten wollen Sie die Emissionen im Verkehrssektor reduzieren? Wann berufen Sie (statt den nächsten Auto-) den ersten Mobilitätsgipfel ein? Was sind Ihre Ideen für die Emissionsminderung im Gebäudesektor? Welche sektorenübergreifenden Klimaschutz-Maßnahmen planen Sie? Was werden Sie in den ersten 100 Tagen tun, um die zentralen Weichen zu stellen?

„Wer nicht fragt, bleibt dumm“, lernt jedes Kind singend mit der Sesamstraße. „Tausend tolle Sachen gibt es überall zu sehen. Manchmal muss man fragen, um sie zu verstehen.“ Das gilt auch für den Klimaschutz. Es ist höchste Zeit, die richtigen Fragen zu stellen.

Dieser Kommentar erschien in einer längeren Fassung am 2. September in der Frankfurter Rundschau

IMPRESSUM



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

88. Jahrgang 8. September 2021

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan;
Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos; Prof. Dr. Alexander
Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. C. Katharina Spieß;
Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Sabine Fiedler; Dr. Anna Hammerschmid (Stellv.)

Lektorat

Dr. Malte Rieth

Redaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Marten Brehmer; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck;
Dr. Hella Engerer; Petra Jasper; Sebastian Kollmann; Sandra Tubik;
Kristina van Deuverden

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

leserservice@diw.de

Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den
Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter
unter www.diw.de/newsletter